

Zeitschrift: Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 69 (1990)
Heft: 5-6

Artikel: Das Ende des Sonderfalles Schweiz
Autor: Onken, Thomas
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-340846>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

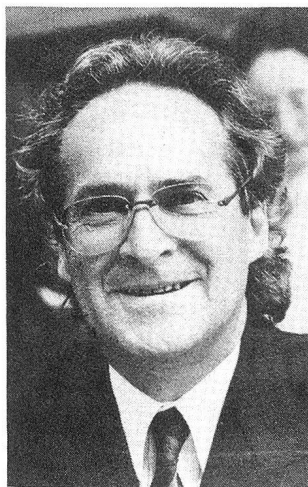
Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 14.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Das Ende des Sonderfalles Schweiz



Von Thomas Onken
Ständerat, Tägerwilen

Nichts, was uns Schweizern einmal teuer war, ist mehr unbestritten. Keiner der Pfeiler unseres nationalen Selbstverständnisses steht mehr hoch und unverrückbar. Alles ist anders geworden in letzter Zeit: brüchiger, ungewisser, fragwürdiger. Die Grundlagen sind erschüttert.

Die GSoA-Initiative hat offenbart, dass auf die Wehrbereitschaft kein absoluter Verlass mehr ist. Die militärische Landesverteidigung ist angefochten. Einsparungen und Reformen wollen selbst jene, die das Volksbegehren abgelehnt haben. Die heilige Kuh lahmt.

Der Aufbruch in Osteuropa bringt unsere Sicherheitspolitik ins Wanken. Die alten Feindbilder sind eingestürzt, neue nicht in Sicht. Unter den Militärstrategen macht sich Ratlosigkeit breit. Ihr Argumentationsnotstand wächst. Selbst die Immerwährende ist in Frage gestellt.

Um uns herum bewegt sich Europa. Wir sind bloss Zaungäste, die verduzt wahrnehmen, dass es auch ohne uns geht, dass niemand auf die Schweiz wartet. Eine Politik der Schadensbegrenzung, hastig entwickelt, drängt jetzt auf den Europäischen Wirtschaftsraum. Föderalismus und Volksrechte werden davon nicht ungeschoren bleiben. Un-

sere direkte Demokratie wird sich verändern.

Auch unser Parlaments- und Regierungssystem. Die Konkordanz ist in die Jahre gekommen. Im Getriebe der Zauberformel knirscht Sand. Es fehlt an politischer Führung, an Entschlossenheit und an Durchsetzungsvermögen, aber auch an oppositionellem Biss. Das Parlament versucht die Herausforderungen des nächsten Jahrhunderts mit den Mitteln des letzten zu lösen. Ungenügen und Überforderung werden immer deutlicher.

Auch unser Ansehen als Musterdemokraten ist dahin. Affären und Skandale weisen auf die Erosion der politischen Kultur und den Verlust an Gemeinsinn. Die enttarnte Bespitzelung durch die Bundespolizei hat jäh einen Ungeist der Intoleranz und des Argwohns an den Tag gebracht, dessen Ausmass viele Menschen in diesem Land bestürzt hat. Ihr Bild von der Schweiz, oft wider bessere Einsicht aufrechterhalten, hat einen irreparablen Sprung bekommen. Zurück bleiben Irritation und Enttäuschung.

Nehmt das nun alles einmal zusammen! Serbelnde Wehrbereitschaft und verunsicherte Sicherheitspolitik, herausgeforderte Neutralität und angeschlagener Föderalismus, direkte Demokratie bedrängt, Regierung und Parlament am Limit und

vor einschneidenden Änderungen, getrübtetes Ansehen im In- und Ausland: Kein helvetisches Tabu, das nicht verletzt, ja angegriffen wäre. Das geht an die Substanz und zehrt daran, insgeheim, schleichend. Man kann die Identitätskrise bestreiten, aus der Welt schaffen kann man sie nicht. Das unwiderrufliche Ende des «Sonderfalles Schweiz», des Sichbesser-Wähnens und selbstgenügsamen Abkapselns, ist jedenfalls eingeläutet.

Die Irritation tut der satten, träge gewordenen, visionslosen Schweiz gut. Wahrscheinlich ist die Erschütterung zwar nicht nachhaltig genug, als dass nicht versucht würde, sie einfach zu verdrängen oder «auszusitzen». Doch Chancen birgt die Krise immerhin. Die Chance der Erneuerung vorab. Die Chance, für dieses Land neue Ziele zu formulieren, ihm eine Zukunftsperspektive zu eröffnen, die wieder Kräfte freizusetzen vermag. Die Chance, den Kleinmut und die Enge aufzubrechen, die die Schweiz lähmen, und gegen das bleierne, ereignislose Gleichmass der real existierenden Diktatur des Kompromisses eine neue politische Vision zu entwickeln.

Diese Vision müsste einschliessen: die vollwertige Teilhabe und Mitwirkung der Schweiz an Europa (statt des kurzzeitigen Profitierens von einem Europa à la carte), die tätige Solidarität mit der Dritten Welt (in die auch unsere Aussenwirtschafts- und Handelspolitik eingebunden ist), ein zugleich gewandeltes und erneuertes Regierungs- und Parlamentssystem (vielleicht eine Kombination von direkter Demokratie auf kommunaler und kantonaler Stufe mit einer parlamentarischen Demokratie auf nationaler Ebene), eine überzeugende Abrüstungs- und Friedenspolitik (statt ein paar halbherziger Armeere-

reformen), eine Neudefinition der föderalistischen Aufgabenteilung (verbunden mit einer anderen Rollenzuteilung an den Ständerat), und dies alles eingebettet in eine neue Verfassung für die Schweiz des 21. Jahrhunderts.

Die Auguren der Zukunftstrends von Naisbitt bis Gerken sagen für die Unternehmen die wachsende Bedeutung des «visionary factor's» voraus: der Fähigkeit, sich eine Zukunft auszudenken und dieser Vision solche Ausstrahlung und Anziehungskraft zu verleihen, dass sie quasi als sich selbst erfüllende Prophezeiung auf die Gegenwart zurückwirkt. Man mag darüber denken, wie man will; ich bin jedenfalls davon überzeugt, dass auch in der Politik die Zeit der visionären Entwürfe und selbstbewussten, offensiven Reformprojekte wieder im Kommen ist. Die Menschen sind der dauernden Flickarbeiten und der Teilrevisionen allmählich überdrüssig.

Auch bei uns reift die Zeit für ein ausgreifendes Vorhaben. Die Schweiz ist zwar kein Konstruktionsplatz für Luftschlösser; doch sie steht immerhin vor einem Umbruch, der viel tiefer greift, als der allgemeine Wertewandel. Und sie bräuchte nichts dringender als Aufbruchstimmung, Zukunftszuversicht, Erneuerungsbereitschaft. Der schmerzliche Abschied vom alten «Sonderfall Schweiz» hat längst begonnen; er wird sich noch eine Weile hinziehen. Vielleicht können wir, um unserer nationalen Identität willen, auch gar nicht ohne diesen helvetischen Kitt des Besonderen sein. Um so mehr ist unsere politische Erfindungsgabe gefordert – auch, und gerade die Phantasie und Gestaltungskraft von uns Sozialdemokraten –, um einen neuen, ideenreichen, pionierhaften, friedensfähigen und solidarischen «Sonderfall Schweiz» für das nächste Jahrhundert zu entwerfen.

Naturreservat Kanton Appenzell Innerrhoden

Die SP Frauen Schweiz fordern den Bundesrat auf, sofort die notwendigen Massnahmen zu treffen, um aus dem Kanton Appenzell Innerrhoden ein Naturreservat für die letzten Schweizer Machos einzurichten. Die Männer von dort haben sich zum drittenmal standhaft geweigert, ihren Frauen das Stimm- und Wahlrecht zuzugestehen. Diese wackernen Mannen sind unter Naturschutz zu stellen, weil sie sonst mit ihrer frauenfeindlichen Eigenart in absehbarer Zeit aussterben werden. «Und bist du nicht willig, so brauch ich Gewalt», sagte schon der Erbkönig zum sterbenden Kinde. Dasselbe werden die Bundesrichter in Lausanne den Innerrhödlern sagen müssen, wenn sie die Beschwerde einer mutigen Appenzellerin behandeln. Sie fordert die Verwirklichung des in der Bundesverfassung verankerten Gleichstellungsartikels, der bis anhin nicht einmal ein minimales Menschenrecht – das Stimm- und Wahlrecht für Männer **und** Frauen – garantierte.

Da bekanntlich Beschwerdefälle lange Weile haben, bis sie behandelt sind, haben Touristen aus der Schweiz und aus dem Ausland die Möglichkeit, einen Ausflug in das allerletzte Reservat von Machos zu unternehmen. Die schneearme Schweiz hat dadurch eine Chance, eine neue touristische Attraktion anzubieten. Die Männer von Appenzell Innerrhoden können ihren auswärtigen Gästen das folkloristische Ereignis im Ring der Landsgemeinde immer wieder vorspielen. Jeden Tag müsste ihnen Gelegenheit gegeben werden, das Frauenstimmrecht abzulehnen, damit es ihnen noch lange nicht verleidet – auf dass der Schweizer Tourismus aufblühen möge!

Barbara Geiser